



Presseschau vom 21.04.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

Dan-news.info: DVR wird von Kiew Reparationen fordern

Jalta, 20. April. Die Donezker Volksrepublik wird von Kiew Wiedergutmachung für den während des Krieges verursachten wirtschaftlichen Schaden fordern, dies allerdings erst nach Ende der Kampfhandlungen in der Region. Das erklärte Staatspräsident Denis Puschilin heute Journalisten.

„Alles hat seine Zeit, solche Forderungen kann man erst erheben, wenn der volle Umfang des Schadens endgültig beziffert ist. Bei uns arbeitet gegenwärtig eine Kommission, die nicht nur die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, sondern auch die wirtschaftlichen Schäden registriert“, sagte Puschilin.

Im März hatte der Vorsitzende der Staatsduma der Russischen Föderation, Wjatscheslaw Wolodin, den Auftrag erteilt, die ökonomischen Verluste, die der Republik Krim während der ukrainischen Herrschaft entstanden sind, zu ermitteln, um von Kiew Ausgleich zu fordern.

de.sputniknews.com: Russland mietet Syriens Hafen Tartus für 49 Jahre an
Russland wird den syrischen Hafen Tartus zu Verkehrs- und Handelszwecken für 49 Jahre anmieten. Das teilte der russische Vizeregierungschef Juri Borissow nach einem Treffen mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad vor der Presse mit.

Die Frage der Benutzung des syrischen Hafens war demnach der Schlüsselpunkt der Verhandlungen. Borissows Reise nach Syrien habe „alle diese Absprachen bestätigt“. „Hoffentlich wird der Vertrag binnen einer Woche signiert und der Hafen Tartus wird dem russischen Business für 49 Jahre zur Nutzung überlassen“, so der Vizeregierungschef.

2017 hatten Moskau und Damaskus eine Vereinbarung unterzeichnet. Demgemäß darf sich die Basis für die materiell-technische Unterstützung der russischen Marine, die im Mittelmeer eingesetzt wird, in Tartus 49 Jahre befinden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32277/82/322778270.jpg>

vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Kalinowo** und **Prischib**. Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern.

de.sputniknews.com: **Präsidentenwahl: Gericht in Kiew weist Klage gegen Kandidatur von Selenski zurück**

Das sechste Berufungsgericht in Kiew hat in der Nacht auf Sonntag eine Klage zurückgewiesen, die eine Annullierung der Präsidentschaftskandidatur von Poroschenkos Herausforderer Wladimir Selenski gefordert hatte. Am heutigen Sonntag findet in der Ukraine die Stichwahl statt: Die Wähler stimmen über ihr künftiges Staatsoberhaupt ab.

Laut dem Gerichtsurteil können die Aufrufe von Selenski, Tickets für seine Stadion-Debatte mit dem Noch-Präsident Petro Poroschenko zu erwerben, nicht als Wähler-Bestechung eingestuft werden. Zudem könne die Tatsache, dass Selenski die Wähler aufgefordert habe, sich elektronisch zu registrieren, um Online-Tickets zu erwerben, nicht als Wahlwerbung angesehen werden, hieß es.

Eine Berufung gegen das Gerichtsurteil kann im Laufe von 30 Tagen beim Obersten Gericht der Ukraine eingelegt werden.

Zuvor hatte der Anwalt und Wahlbeobachter von der Organisation „Aktionärsvereinigung der Ukraine“, Andrej Hilko, nur wenige Stunden vor dem Tag der Stichwahl eine Klage eingereicht, in der er eine Annullierung der Präsidentschaftskandidatur von Wladimir Selenski gefordert hatte. Hilko hatte in den Mitteilungen in den sozialen Netzen Selenskis Herausforderer Poroschenko unterstützt.

Die Wahllokale in der Ukraine sind seit 08:00 Uhr Ortszeit (07:00 Uhr MESZ) geöffnet.

Bei der Präsidentschaftswahl vom 31. März hatte Selenski mit 30,24 Prozent der Stimmen klar gegen Amtsinhaber Poroschenko gewonnen, der nur auf knapp 16 Prozent der Stimmen kam.

Keiner der Kandidaten konnte allerdings die für den Sieg in der ersten Runde erforderliche Stimmzahl erreichen. Nun kommt es am heutigen 21. April zur Stichwahl zwischen dem Komiker Selenski und dem amtierenden Staatschef Poroschenko.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32474/57/324745739.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 20. April 3:00 Uhr bis 21. April 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 5. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Wesjoloje, Spartak, Shabitschewo, Sosnowskoje.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 83.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 63.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: Britisches Spähschiff im Schwarzen Meer gesichtet

Das britische Aufklärungsschiff „HMS Echo“ ist nach Angaben des Portals Bosphorus Observer in das Schwarze Meer eingelaufen.

Laut der Webseite Marine Traffic bewegt sich das britische Schiff zurzeit in Richtung Norden. Die „HMS Echo“ ist ein hydrographisches Schiff, das mit Echoloten und Sensoren für das Sammeln von militärischen Daten ausgerüstet ist. Zudem besitzt es drei 7,62-Millimeter-Maschinengewehre vom Typ M134 Minigun, zwei 20-Millimeter-„Oerlikon“-Flugabwehrkanonen sowie vier überschwere Maschinengewehre.

Im Dezember 2018 war die „HMS Echo“ bereits in der Region gesichtet worden. Damals hatte sie den ukrainischen Schwarzmeerhafen Odessa angelaufen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32334/10/323341040.jpg>

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU das Feuer auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** im Petrowskij-Bezirk von Donezk eröffnet. Infolge des Beschusses wurden folgende Häuser beschädigt:

- Kantemirowskij-Prospekt 2/1 (Zaun und Dach des Hauses sind durch Splitter beschädigt);
- Leutnant-Nikolenko-Straße 1a (Fenster und Dach des Hauses sind durch Splitter beschädigt).

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Wieder Luftangriffe auf libysche Hauptstadt Tripolis**

Die Kämpfe um die libysche Hauptstadt Tripolis haben sich wieder verschärft. In der Nacht auf Sonntag kam es zu neuen Luftangriffen der Rebellen.

Einwohner und ein Reporter der Nachrichtenagentur Reuters berichteten von mehreren Explosionen und Luftabwehrfeuer der Armee, nachdem eine Drohne oder ein anderes Kampfflugzeug wiederholt minutenlang über der Stadt gekreist sei und dann angegriffen habe.

Die Explosionen seien schwerer gewesen als in den vergangenen Tagen. Den Einwohnern zufolge schlugen offenbar mehrere Raketen in einem Stützpunkt der Regierungstruppen in einem südlichen Außenbezirk ein. Der einzig noch funktionierende Flughafen von Tripolis stellte aus Sicherheitsgründen erneut den Betrieb ein. Er war bereits in den Tagen zuvor nach Beschuss durch die Truppen des Rebellen-Kommandeurs Chalifa Haftar vorübergehend geschlossen worden.

Der im Osten des Bürgerkriegslandes herrschende General Haftar hat Anfang April eine Offensive gegen die Truppen der international anerkannten Regierung in Tripolis unter Ministerpräsident Fajes al-Serradsch gestartet, die in den Außenbezirken der Hauptstadt ins Stocken geraten ist. Der ölreiche Wüstenstaat ist seit dem Sturz von Muammar Gaddafi 2011 in rivalisierende Lager gespalten.

Zuvor war berichtet worden, dass US-Präsident Donald Trump Anfang der Woche mit dem Kommandeur der Libyschen Nationalarmee (LNA), Khalifa Haftar, telefonierte und die Lage in dem nordafrikanischen Land besprochen hatte. Demnach betonte Trump bei dem Telefonat am 15. April „die bedeutende Rolle von Feldmarschall Haftar bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Sicherung der Ölressourcen Libyens“. Die beiden Politiker hätten „eine gemeinsame Vision für den Übergang Libyens zu einem stabilen, demokratischen politischen System“ sowie die Notwendigkeit erörtert, Frieden und Stabilität in Libyen zu erreichen. Bei dem Telefongespräch seien „laufende Anti-Terror-Bemühungen“ diskutiert worden, hieß es.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32476/28/324762839.jpg>

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Wie die USA Syrien spalten wollen und das syrische Öl als Waffe einsetzen**

Karin Leukefeld

Dem mehr als siebenjährigen Krieg in und gegen Syrien folgt nun ein Wirtschaftskrieg des Westens gegen das Land, um das alte Ziel eines Regime Change doch noch zu erreichen. Karin Leukefeld, derzeit in Damaskus, beschreibt in ihrer aktuellen Reportage aus Syrien, wie das Öl des Landes als Waffe benutzt wird und welche Rolle die Kurden spielen.

„Wir haben ein großes Problem“, sagt Hanan, der in Damaskus am steilen Hang des Qassioun-Berges wohnt. „Die Leute hier denken, wir sind schuld daran, dass es kein Benzin gibt. Sie denken, die Kurden lassen es nicht zu, dass das Öl aus Hasakeh und Deir Ez Zor zur Raffinerie nach Homs gebracht wird.“ Der Arbeiter fügt hinzu: „Dabei sind es doch die Amerikaner, die auf dem Öl sitzen. Jeder weiß, dass wir, die Menschen, das Öl brauchen. Nur die Amerikaner wissen es nicht?“

Wie alle Syrer versucht Hanan zu begreifen, warum es seit einer Woche kein Benzin mehr an den Tankstellen gibt. Hanan ist Kurde und stammt aus dem Dorf Ukan bei Afrin, westlich von Aleppo. Für ihn und seine Freunde war die Welt in Syrien trotz Krieg ziemlich in Ordnung, weil er eine große Hoffnung hatte. „Rojava“ und die „Föderation“ waren für ihn das große kurdische Beispiel, von dem ganz Syrien lernen sollte.

Hoffnung auf Rückkehr

Geduldig nahm er lange und kostspielige Busfahrten in Kauf, um jedes Jahr im November mit seiner Familie die 300 Olivenbäume abzuernten, die ihm gehörten. Oft fehlte es an Strom, lange Zeit sogar an Trinkwasser in seinem Dorf. Die Kontrollpunkte und selbst der Verlust von Angehörigen, die bei ihrer Flucht nach Europa in der Türkei ums Leben kamen, rückten angesichts der Hoffnung auf „das kurdische Beispiel“ in den Hintergrund.

Doch der Verlust seiner Heimat in Afrin im März 2018, kurz vor dem Neujahrsfest „Newroz“, hat Hanan mehr als nachdenklich gemacht. Das Elternhaus, die Olivenhaine, alles wird heute von der Türkei und deren Kampfverbänden kontrolliert. Sein 80-jähriger Vater musste fliehen und lebt heute mit seinem Sohn Hanan und dessen Familie in dem kleinen Haus am Qassioun. „Immer fragt er mich, wann wir wieder zurück nach Afrin gehen“, sagt Hanan und sieht zu seinem alten Vater, der wartend auf einem Stuhl am Fenster sitzt. „Er sagt, er werde zu Fuß zurück nach Afrin laufen, um dort beerdigt zu werden.“ Hanan fragt sich, wann er und sein Vater und all die anderen zurückkehren können: „In einem Monat, in einem Jahr, in zwei Jahren?“

Syrien spalten und schwächen

Die Kurden von Afrin gehören schon heute zu den großen Verlierern im „Großen Spiel um Syrien“. Das selbstverwaltete „Kanton Afrin“ gibt es nicht mehr. Die „Föderation“ in Afrin wurde durch ein von der Türkei kontrolliertes Kalifat ersetzt. In den mehr als 300 Dörfern der Region haben sich mit der Türkei verbündete islamistische Kampfverbände und ihre Angehörigen niedergelassen, die aus der östlichen Ghouta von Damaskus, aus Deraa oder Homs von der syrischen Armee vertrieben wurden. Kämpfer aus dem von Al Qaida-Gruppen kontrollierten Idlib nutzen heute Afrin als Passage, um von dort in die Türkei zu gelangen. Die Türkei hat keine Eile, sich aus den besetzten Gebieten Nordsyriens zurückzuziehen. Im Gegenteil, sie will noch mehr Territorium unter ihre Kontrolle bringen. Vom Euphrat bis zur Grenze des Nordirak soll eine bis zu 30 Kilometer breite Pufferzone entstehen, die türkische Truppen oder mit der Türkei verbündete Kampfgruppen kontrollieren sollen, um die syrischen Kurden auf Abstand zu halten.

Die von Kurden als „Rojava“ (Westkurdistan) bezeichnete Selbstverwaltung sieht die Türkei als „Gefahr für die nationale Sicherheit“ an. Die Kurden werden als „Terroristen“ bezeichnet, die ebenso gefährlich eingestuft werden wie der „Islamische Staat im Irak und in der Levante“, so Präsident Recep Tayyip Erdogan. Man werde keine „Organisation im Norden Syriens zulassen, die eine Bedrohung für die Sicherheit der Türkei und für die territoriale Integrität Syriens“ darstelle. Nach der „Vernichtung von Daesh müssen ähnliche Organisationen und Bedrohungen ebenfalls vernichtet werden“. Daesh ist das arabische Kürzel für Ad-Dawlah al-Islāmiyah fī 'l-‘Irāq wa-sh-Shām (Islamischer Staat im Irak und in der Levante), der „Islamische Staat“, kurz „IS“.

Die USA, die mit rund 2000 Spezialkräften die Gebiete östlich des Euphrat besetzt halten und mit den militärischen Einheiten der syrischen Kurden als „Verbündete am Boden“ kooperieren, haben gegen eine von der Türkei kontrollierte Pufferzone nichts einzuwenden, wollen aber auch, dass Ankara die kurdischen US-Verbündeten akzeptiert. Ziel der USA ist es, der syrischen Regierung die Kontrolle über so viel Territorium wie möglich zu entziehen und Syrien aufzuspalten. Eine türkische Besetzung Nordsyriens zusätzlich zu den Gebieten westlich und nördlich von Aleppo – im Gebiet Afrin, Azaz, Al Bab und Jarabulus – käme diesen Plänen entgegen.

Doch die enge Kooperation der US-Streitkräfte mit den „terroristischen Kurden“ steht einer türkisch-US-amerikanischen Zusammenarbeit im Norden Syriens derzeit entgegen. Entsprechende Gespräche verliefen bisher ergebnislos. Nun will der US-Sonderbeauftragte für Syrien, James Jeffrey, dieser Tage in Nordostsyrien auf die Kurden einwirken, den Türken entgegenzukommen und ihnen „die Tür“ zu öffnen, wie es das Internetportal „Al Monitor“ kürzlich beschrieb.

Washington schlägt vor, dass „eine begrenzte Zahl“ türkischer Soldaten auf syrischem Territorium entlang der Grenze eine Pufferzone vom Euphrat bis an die nordirakische Grenze sichern, wie Erdogan sich das wünscht. Weitere Soldaten zur Grenzsicherung sollen die europäischen Nato-Staaten stellen.

Vorgesehen ist weiterhin, dass die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG/YPJ durch „lokale“ Milizen ersetzt werden, heißt es in Al Monitor unter Berufung auf hochrangige Vertreter der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF): „Araber in Gebieten mit arabischer Mehrheit und Kurden in den anderen Gebieten.“ Angeblich will Washington sich im Gegenzug für eine Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen der türkischen Regierung und Abdullah Öcalan einsetzen, dem seit 20 Jahren auf der Gefängnisinsel Imrali inhaftierten Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK). Diese ist eng mit den kurdischen YPG/YPJ in Nordsyrien verbunden.

Europäer sollen mitmachen und sind schon dabei

Vorrangiges Ziel der US-Administration sei „der Rückzug der US-Truppen“ aus den Gebieten östlich des Euphrat, sagte Richard Outzen, Syrien-Berater im US-Außenministerium. Je eher

sich US-Verbündete aus der „internationalen Koalition“ zur Stationierung im Kampf gegen den „IS“ bereit erklärten, desto eher könnten die US-Soldaten abziehen. Der „Anti-IS-Kampf“ ist auch nach der offiziellen Zerschlagung der Organisation weiterhin die offizielle Begründung für die anhaltende Anwesenheit der USA in Syrien. US-Präsident Donald Trump hat bestätigt, dass 400 US-Spezialkräfte in Syrien bleiben sollen.

Bereits Anfang des Jahres versuchten die USA, europäische Bündnispartner zu bewegen, sich im Rahmen einer multinationalen Truppe militärisch mehr als bisher im Norden Syriens zu engagieren. Beobachter gehen davon aus, dass diese Truppe vor allem aus französischen und britischen Soldaten bestehen soll. Frankreich ist bereits mit mehreren Hundert Spezialkräften östlich des Euphrat im Einsatz, wie Medienberichte dokumentierten. Bewohner der Provinz Raqqa, die die Autorin in Damaskus befragen konnte, bestätigten neben der Anwesenheit von US- und französischen Soldaten die von Militärs anderer Nato-Staaten sowie der Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabiens in dem Gebiet.

Frankreich und Großbritannien erhielten nach dem 1. Weltkrieg vom Völkerbund je ein Mandat über Syrien/Palästina (Frankreich) und Mesopotamien/Transjordanien (Großbritannien). Ihre Anwesenheit in der Region wird von den Syrern abgelehnt. Belgier, Dänen, Norweger und Holländer sind Berichten zufolge ebenfalls östlich des Euphrat aktiv. Die Anwesenheit deutscher Spezialkräfte wird von Berlin dementiert.

Bis auf Frankreich hat bisher kein europäisches Nato-Land die Anwesenheit eigener Truppen in Syrien eingeräumt – die gegen das Völkerrecht verstößt. Weder der UN-Sicherheitsrat noch die syrische Regierung haben die US-Armee noch eine andere Armee des „Anti-IS-Bündnisses“ zu einem Einsatz in Syrien legitimiert.

Kurden zwischen dem Westen und Ankara

Vertreter der kurdischen Militärführung sitzen zwischen Baum und Borke. Sie wollen die Kooperation mit den USA und die damit verbundene finanzielle und militärische Unterstützung nicht aufgeben. Gegen eine Anwesenheit europäischer Nato-Truppen haben sie nichts einzuwenden. Die Türkei allerdings, die von den USA ebenfalls in die multinationale Truppe eingegliedert werden soll, gilt den syrischen Kurden als Erzfeind. Dem wollen die Kurden ohne Zugeständnisse Ankaras nicht selbst entgegenkommen.

Laut Präsident Emmanuel Macron wird Frankreich die von den Kurden angeführten Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF) unterstützen. Das erklärte er am Karfreitag bei einem Gespräch mit SDF-Vertretern in Paris. Frankreich werde in die Stabilisierung der Gebiete östlich des Euphrat investieren und bei dem Umgang mit den ausländischen IS-Kämpfern und deren Familien behilflich sein.

Bei einer anschließenden Pressekonferenz erklärten Vertreter der syrischen Kurden, sie forderten die Einrichtung eines „internationalen Gerichtshofs in den autonomen Gebieten Nord- und Ost Syriens, um diese Söldner entsprechend dem Völkerrecht und internationaler Konventionen zu verurteilen“. Sie hätten ihre Verbrechen auf „syrischem Territorium“ verübt.

Versorgungsprobleme in Syrien sind vom Westen gewollt

Der Versuch der USA, die Kurden zu einem Entgegenkommen für eine multinationale Truppe einschließlich der Türkei zu drängen, soll Ankara besänftigen und aus dem Einflussbereich Russlands herausziehen. Damit soll der Astana-Kreis, in dem Russland, Iran und die Türkei ihr Vorgehen in Syrien absprechen, geschwächt werden. Der US-Sonderbeauftragte Jeffrey erklärte dazu bereits im Herbst 2018, man müsse dem Astana-Prozess „den Stecker ziehen“. Die Kurden sollen zudem davon abgehalten werden, Verhandlungen mit der syrischen Regierung in Damaskus zu führen. Eine türkische oder Nato-Besetzung des Nordosten Syriens bedeutet, Gebiete mit wichtigen Bodenschätzen des Landes wie Wasser, Weizen, Öl und Gas dem Zugriff der syrischen Regierung zu entziehen. Die Versorgungsprobleme, die dadurch für den Rest Syriens entstehen – immerhin 70 Prozent Syriens sind wieder unter Regierungskontrolle – sind nach diesem Plan gewollt.

Während die Gebiete östlich des Euphrat mit Entwicklungs- und „Stabilisierungsgeldern“ der

US-Partner wieder aufgebaut werden, soll die Wirtschaftskrise im Rest des Landes verschärft werden. Damit wollen die USA und ihre Verbündeten den Druck auf die syrische Regierung so sehr erhöhen, dass diese sich nicht halten kann. Mit dem Sturz von Präsident Bashar al-Assad wollen die USA auch den Einfluss des Iran in Syrien zurückdrängen – ein US-Versprechen gegenüber Israel.

Das „Große Spiel“ geht weiter

Hier kommt wieder das syrische Öl ins Spiel, das derzeit nicht nur der syrischen Regierung, sondern vor allem den Syrern vorenthalten wird. Die Sanktionen, die das US-Finanzministerium Ende März 2019 veröffentlichte, drohen allen, die sich am Transport oder den Finanztransfers von Öl „an die syrische Regierung oder syrische Regierungsinstitutionen“ beteiligen, mit Sanktionen.

Benzin wird in Syrien staatlich subventioniert, womit allgemeine Tankstellen als „Einrichtungen der Regierung“ gelten könnten, also nicht beliefert werden. Die Leidtragenden sind die ganz normalen syrischen Bürger. Doch wegen der angedrohten US-Sanktionen schreckt nicht nur die ägyptische Suezkanal-Behörde zurück. Die lässt inzwischen iranische Schiffe mit Öl für Syrien nicht passieren, weil sie die zu entrichtende Gebühr in US-Dollar von den Schiffen nicht annimmt. Auch die syrischen Kurden sind – ob sie wollen oder nicht – nicht in der Lage, die syrischen Ressourcen wie einst zugesagt ganz Syrien zugänglich zu machen.

Das „Große Spiel um Syrien“ geht weiter. Nach dem Krieg, den die Gegner der syrischen Regierung nicht gewinnen konnten, folgt der Wirtschaftskrieg – und wieder zahlt die Bevölkerung den Preis. Doch die USA könnten bei ihrem Plan – wie schon in den vergangenen Jahren – wichtige Aspekte übersehen haben.

Moskau und Teheran mit anderen Zielen und anderem Vorgehen

Russland und der Iran als Verbündete der syrischen Regierung haben sich bereits als starke Akteure behauptet. Anders als die USA suchen beide Staaten selbst unter Feinden der syrischen Regierung nach Verbündeten. Die USA und der Westen – einschließlich Israel – wollen den Mittleren Osten teilen, schwächen und beherrschen. Russland und Iran wollen die Region – trotz der eigenen unterschiedlichen Interessen und der Interessen anderer regionaler Akteure – stärken.

Moskau und Teheran stimmen darin überein, dass die US-Truppen Syrien und die Region verlassen sollen. Beide arbeiten mit der Türkei in der Astana-Gruppe zusammen. Sie wollen allerdings auch verhindern, dass die Türkei sich im Norden Syriens auf Dauer festsetzt. Bei einer Pressekonferenz in Moskau am vergangenen Mittwoch betonte der russische Außenminister Sergej Lawrow die Wiederherstellung syrischer Regierungskontrolle im Nordosten Syriens als „eine der vorrangigsten Aufgaben“. Wichtig sei auch der Aufbau eines Dialogs zwischen der syrischen Regierung und den Kurden sowie die Wahrung der Sicherheitsinteressen der Türkei entlang der türkisch-syrischen Grenze, so Lawrow. Ein Rückzug der US-Truppen und ihrer Nato-Verbündeten aus dem Nordosten Syriens würde den Weg sowohl für eine syrisch-türkische Vereinbarung als auch für eine Verständigung der syrischen Regierung mit den syrischen Kurden freimachen. Das wiederum könnte nicht nur zur Sicherung der syrisch-türkischen Grenze führen, wie es im Adana-Abkommen aus dem Jahr 1998 vorgesehen ist. Auch der Zugang zu den syrischen nationalen Ressourcen wäre wieder frei, so dass sie alle Syrer nutzen könnten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32476/31/324763171.jpg>

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 21.04.2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **fünfmal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von fünf Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Donezk** haben die Banditen Bryshinskij und Mischantschuk von den Positionen der 93. mechanisierten Brigade und der 57. Panzergrenadierbrigade aus **Wesjoloje, Shabitschewo** und **Spartak** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern, Scharfschützen- und Schusswaffen beschossen, dabei haben die Kämpfer des 20. Bataillons der 93. Brigade unter Verletzung der Normen des internationalen Rechts **ein Filmteam des Fernsehsenders „Rossija 1“ beschossen**, das eine Reportage über die Lebensbedingungen der friedlichen Bürger und die Lage im Gebiet von Spartak erstellte.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Kuratsch **Sosnowskoje** mit Schützenpanzerwagenwaffen beschossen. Außerdem wurden heute Morgen durch Beschuss von den Positionen der 24. mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegsverbrechers Guds auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** im Petrowskij-Bezirk von Donezk die Häuser auf dem Kantemirowskij-Prospekt 2/1 und der Leutnant-Nikolenko-Straße 1a beschädigt. Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

Die ukrainischen Kämpfer behindern weiter die Arbeit der OSZE-Mission im Donbass. Ich erinnere daran, dass die ukrainischen bewaffneten Formationen in der letzten Zeit zweimal das GPS-Signal einer Langstreckendrohne der OSZE unterdrückt haben. Am 13. April gelang es den Beobachtern ihre Drohne aus der Funkstörungszone abziehen. Aber am 19. April führten die Aktivitäten mobiler Gruppen aus dem 502. Bataillon für elektronische Kriegsführung der ukrainischen Streitkräfte zu einem Absturz einer Langstreckendrohne der OSZE-Mission.

Gemäß dem letzten Bericht der OSZE haben am selben Tag, dem 19. April, am südöstlichen Rand von Kurdjumowka ukrainische Kämpfer eine Kurzstreckendrohne der Mission mit einer Maschinenpistole beschossen, in der Folge wurde einer der Flügel des Geräts beschädigt und die Beobachter waren gezwungen, seine Flügel in dieser Richtung einzustellen. Es ist bemerkenswert, dass beide Fälle, die Vernichtung einer und die Beschädigung einer weiteren Drohne der OSZE im Verantwortungsbereich der 53. mechanisierten Brigade erfolgten. Die Handlungen der ukrainischen Seite zeugen davon, dass das Kommando der Besatzungskräfte in Richtung Gorlowka, **in der Umgebung von Dsershinsk, schwere**

Waffen konzentriert hat. Im Zusammenhang damit hat der Kommandeur der 53. Brigade Grusewitsch Anweisungen erhalten, alle vorhandenen Kräfte und Mittel einzusetzen, um eine Entdeckung der Konzentration schwerer Waffen an der Kontaktlinie zu verhindern.

Außerdem wurde im Bericht der OSZE ein Fall von Beschuss eines Wohngebiets von Donezk am 17. April festgehalten, in dessen Folge ein Wohnhaus in der Bogatyrskij-Gasse 35 beschädigt wurde. Die Beobachter der Mission bestätigten, dass der Beschuss aus nördlicher Richtung erfolgte. Zuvor hatten wir berichtet, dass diese Schäden durch Beschuss mit Antipanzerlenkraketen von den Positionen der 57. Panzergrenadierbrigade auf Befehl des Kriegsverbrechers Mischantschuk erfolgte.

In der nächsten Zeit wird eine **Delegation des Verteidigungsministeriums des Königreichs Dänemark die Zone der Operation der Besatzungskräfte** in Begleitung des Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte besuchen. Im Zusammenhang damit besteht eine große Wahrscheinlichkeit, dass von den ukrainischen Kämpfern Provokationen an der Kontaktlinie durchgeführt werden. Die Kiewer Regierung ist zu jeglichen Winkelzügen bereit, um die Führung von NATO-Ländern davon zu überzeugen, dass sie eine angebliche Aggression aus dem Osten abwehrt.

Die höhere ukrainische militärisch-politische Führung und die führenden Persönlichkeiten der Ukraine sind von der Niederlage ihres Herren Poroschenko in der zweiten Runde der Wahlen überzeugt. Die geschäftstüchtigsten Funktionsträger sind bestrebt, sich rechtzeitig von ihm „loszusagen“ und nach dem Wechsel der Regierung nicht „außen vor“ zu bleiben. Nach uns vorliegenden Informationen versucht der Kommandeur der Besatzungskräfte Najew über Vertrauenspersonen Kontakt mit dem Stab des ukrainischen Präsidentschaftskandidaten Selenskij aufzunehmen. Najew rechnet sich aus, dass er die entstehende Situation für seine eigenen Ziele nutzen kann.

Im Tausch gegen den übergeordneten Posten des Leiters des Generalstabs und Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte ist Najew bereit, Zeugenaussagen zu den Korruptionsschemata im Verteidigungsbereich und zu der gesetzeswidrigen Bereicherung von Poroschenko, Poltorak und Mushenko abzugeben. Außerdem hat der Kommandeur der Besatzungskräfte die Absicht, gegen seinen Vorgesetzten Mushenko zu intrigieren und ist bereit, vor Gericht Aussagen gegen ihn zu machen, die dessen persönliche Verantwortung für die Niederlage im „Kessel von Debalzewo“ bestätigen werden.

de.sputniknews.com: **Panne bei Urnengang: Selenski hält Wahlzettel in die Kamera – und muss Strafe zahlen**

Der ukrainische Komiker und Präsidentschaftskandidat Wladimir Selenski hat beim Urnengang am Sonntag seinen Stimmzettel in die Kamera gehalten und damit das Wahlgesetz verletzt. Nun muss er eine Geldstrafe zahlen.

„Die Polizei ist zu Selenski gekommen, es wird ein Protokoll aufgenommen, weil er seinen Wahlzettel gezeigt hat. Es soll eine Geldstrafe verhängt werden, sie wird bezahlt“, hieß es im Wahlstab Selenskis.

Das Fotografieren oder Zeigen ausgefüllter Stimmzettel ist nach ukrainischem Gesetz untersagt, weil dies gegen das Wahlgeheimnis verstößt.

Ob der Anwärter für das höchste Amt des Landes dies absichtlich tat oder einfach nicht wusste, dass Wahlzettel nicht gezeigt werden dürfen, ist nicht bekannt.

Am heutigen Sonntag findet in der Ukraine die zweite Runde der Präsidentschaftswahl statt. Nach Angaben von Exitpolls (Stand 12 Uhr Ortszeit) führt Selenski mit 71,8 Prozent der Stimmen.



<https://cdn.de1.img.sputniknews.com/images//32476/40/324764068.jpg>

mil-lnr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij

Insgesamt hat der Gegner in den letzten 24 Stunden **zweimal das Regime der Feueinstellung verletzt**. Von den Positionen der 30. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte aus wurde auf Befehl des Bataillonskommandeurs und Verbrechers Kibalnikow die Umgebung von **Kalinowo** mit 120mm-Mörsern und Schusswaffen beschossen.

Von den Positionen der 10. Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte aus wurde auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch das Gebiet von **Prischib** mit 120mm- und 82mm-Mörsern und Schusswaffen beschossen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik **mehr als 20 verschiedene Geschosse abgefeuert**.

Im Zusammenhang mit der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine wurde vom 20. bis 22. April in allen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte in der OOS-Zone die Kontrolle über die Abstimmung der Soldaten verstärkt, um einen Stimmverlust für Poroschenko zu verhindern. An den Abstimmungsorten sind Kommission des Stabs der OOS und der operativ-taktischen Gruppen anwesend. So wurde in der 25. Luftlandebrigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Wojtowo die Arbeit des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ Oberst Krasotas festgestellt.

Trotz der Anwesenheit des Kommandeurs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ im Stab der 25. mechanisierten Brigade sind zwei Soldaten der Brigade im Gebiet der Ortschaft Nishnetjoploje unter Nutzung der Nachsicht und fehlenden Kontrolle von Seiten der eingetroffenen Aufseher und des Kommandos am 20. April gewaltsam unter Drohung mit der Waffen gegen eine örtliche Einwohnerin vorgegangen. Nach der Begehung des Verbrechens sind die Verbrecher mit einem zuvor erbeuteten Auto vom Typ WAS geflohen. Solche Fälle sind bei weitem keine Einzelfälle und werden sorgfältig vom Kommando verheimlicht.

Gleichzeitig geht in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte im Zusammenhang mit dem niedrigen Ausbildungsstand und dem Fehlen von militärischen Fertigkeiten die **Zunahme der nicht kampfbedingten Verluste** und die Beschädigung von Technik weiter.

Am 19. April erfolgte bei der Durchführung von Übungen zur militärischen Ausbildung von Schützenpanzermannschaften der 25. Luftlandebrigade im Gebiet von Dmitrowka ein Zusammenstoß von zwei Schützenpanzern, von denen einer nach einem heftigen Schlag umkippte. Dabei wurden sechs Soldaten schwer verletzt.

Zu diesem Fall wird eine dienstliche Ermittlung durchgeführt, ein Bericht über den Vorfall an

den übergeordneten Stab ist nicht erfolgt.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen streng ein. Wir sind nach wie vor offen für einen Dialog und bereit zu einer friedlichen Lösung des Konflikts, aber im Fall von Provokationen von Seiten des Gegners, sind wir zu äußerst entschiedenen Handlungen bereit. Wir erhöhen weiter das Niveau der Professionalität des Personals und die Fähigkeit zur Erfüllung von Aufgaben zur Verteidigung unserer Republik. In den Verbänden und Truppenteilen der Volksmiliz der LVR werden Übungen durchgeführt.

de.sputniknews.com: „Grausames und zynisches Verbrechen“: Putin verurteilt Explosionen in Sri Lanka

Der russische Präsident Wladimir Putin hat seinem sri-lankischen Amtskollegen Maithripala Sirisena sein Beileid in Bezug auf die Anschläge auf christliche Kirchen und Hotels in dem südasiatischen Inselstaat ausgedrückt und die Angriffe scharf verurteilt. Das teilte der Kreml am Sonntag auf seiner offiziellen Seite mit.

„Ich gehe davon aus, dass Täter und Auftraggeber solch eines grausamen und zynischen Verbrechens inmitten der Osterfeiertage eine verdiente Strafe bekommen“, so Putin.

Russland steht demzufolge im Kampf gegen den Terrorismus an der Seite von Sri Lanka und trauert mit den Verwandten und Nächsten der Gestorbenen. Gleichzeitig hoffe der russische Staatschef auf eine schnelle Genesung aller Verletzten.

Laut dem Nachrichtenportal Ada Derana wurden soziale Medien wie Facebook und Messenger-Dienste wie WhatsApp und Viber zeitweilig gesperrt. Außerdem gilt auf der Insel vom Sonntag ab 18 Uhr bis sechs Uhr am Montag (Ortszeit) eine Ausgangssperre, so der Fernsehsender News 1st. Der 22. und der 23. April wurden demnach zu arbeitsfreien Tagen erklärt.

Hinter den Explosionen an zwei Kirchen steckten möglicherweise Selbstmordattentäter, sagte ein Sicherheitsbeamter laut der Nachrichtenagentur AP. Sri-lankische Medien berichten von mindestens zwei Selbstmordattentätern.

Zwei Menschen sollen am 20. April ein Zimmer im Hotel Shangri-La bezogen haben, wo es später zu einer der Explosionen kam, schreibt das lokale Portal Daily Mirror. Die Verdächtigen sprengten Bomben im Café und in einem Korridor des Hotels. Es soll sich um Sprengsätze C-4 mit einem Gewicht von 25 Kilogramm handeln.

Am Ostersonntag hatten sich Explosionen in Sri Lanka in drei christlichen Kirchen, drei Luxus-Hotels und einem Wohnviertel ereignet. In Folge der Anschläge kamen mindestens 207 Menschen ums Leben, rund 450 weitere wurden verletzt. Im Zusammenhang mit den verheerenden Explosionen wurden sieben Verdächtige festgenommen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32476/41/324764125.jpg>

Dan-news.info: Einwohner der DVR haben aus Anlass des fünften Jahrestags des Todes des Fotokorrespondenten der Agentur „Rossija segodnja“ Andrej Stenin eine Gedenkveranstaltungen in Sneshnoje durchgeführt.

„Heute wurde in der Sneshnojer Schule Nr. 1, die nach Andrej Stenin benannt ist, das Andenken des russischen Journalisten geehrt, der durch einen Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen im Jahr 2014 starb“, teilte der Pressedienst der gesellschaftlichen Bewegung „Donezkaja Respublika“ mit.

Er fügte hinzu, dass an der Veranstaltung die Mutter des Korrespondenten Wera Stenina, der Leiter des Exekutivkomitees von DR in Sneshnoje Dmitirj Wasiljew, die Geschichtslehrerin Inna Demjanenko, die Direktorin der Schule Nadeshda Kandaurowa, der Leiter der Verwaltung der Ortschaftsverwaltung von Gornjazkoje Oleg Charitschkow teilnahmen.

„Ich bin die ganze Zeit in Gedanken hier. Die Tränen sind natürlich nicht zu Ende, all die fünf Jahre weine ich, er war mein einziger Sohn. Nach seinem Tod umgaben mich viele gute Menschen. Ich weiß, dass die Welt aus guten Menschen besteht“, sagte die Mutter des getöteten Journalisten.

Zum Abschluss der Veranstaltung ehrten die Anwesenden das Andenken des Toten mit einer Schweigeminute. Danach pflanzte die Mutter Stenins im Andenken an ihren Sohn zwei Birken an den Ort, wo er starb.

Wir erinnern daran, dass der Fotokorrespondent Andrej Stenin vor fünf Jahren in der Kampfzone im Donbass bei der Erfüllung seiner beruflichen Pflicht starb. Nach Angaben des Ermittlungskomitees der RF wurde das Fahrzeug, in dem Stenin fuhr, von am 6. August von ukrainischen Soldaten beschossen. Das Fahrzeug geriet durch einen Beschuss mit Mehrfachraketenwerfern auf das Territorium der DVR in Brand.

de.sputniknews.com: Russland muss sich „für nichts entschuldigen“ – Lawrow

Laut dem russischen Außenminister Sergej Lawrow gibt es nichts, wofür sich Russland entschuldigen muss, da seine Handlungen, unter anderem in Bezug auf die Krim, im Einklang mit dem Völkerrecht stehen.

„Einige brauchen es nicht, dass man ihnen eine Chance gibt - sie verlassen sich sowieso auf eigene nationale Interessen, und nicht auf die Wünsche irgendeines Fremden. Aber wenn sich jemand jetzt beleidigt zeigt und Entschuldigungen von uns erwartet, dann müssen wir uns für nichts entschuldigen. Wir tun alles, was dem Völkerrecht und der UN-Charta entspricht. Wir respektieren das Recht jedes Volkes, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Das gilt auch für die Rechte nationaler Minderheiten, ob auf der Krim oder anderswo. Wir sind immer bereit für einen Dialog“, sagte Lawrow in einem Interview für den russischen TV-Sender Swesda.

Die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen hatten sich wegen der Situation in der Ukraine verschlechtert, wo sich Anfang 2014 ein Staatsstreich ereignet hatte, und auch wegen der Wiedervereinigung der Krim mit Russland nach einem entsprechenden Referendum auf der Halbinsel, die bis dahin zur Ukraine gehört hatte.

Der Westen warf Moskau daraufhin Einmischung in innenpolitische Angelegenheiten der Ukraine vor und verhängte Sanktionen gegen Russland. Moskau ergriff Gegenmaßnahmen und betonte, dass es kontraproduktiv sei, mit ihm in der Sprache von Sanktionen zu sprechen. Zudem verwies Russland immer wieder darauf, dass es weder zu den Seiten des innenpolitischen Konflikts in der Ukraine gehöre noch ein Subjekt der Minsker Vereinbarungen zur Konfliktregelung im Donbass sei. Für Moskau sei die Krim-Frage für immer und ewig vom Tisch.

abends:

de.sputniknews.com: Exit Polls: Selenski gewinnt zweite Runde der Präsidentschaftswahl

Der ukrainische Präsidentschaftskandidat Wladimir Selenski hat nach vorläufigen Exit-Poll-

Angaben die zweite Runde der Wahl mit mehr als 73 Prozent der Stimmen gewonnen. Dies geht aus den Angaben der Nationalen Exit Polls (Stand 18 Uhr Ortszeit) am Sonntag hervor.

Selenski kam demnach auf 73,2 Prozent der Stimmen, Poroschenko auf 25,3 Prozent.

„Ich verspreche, dass ich euch alle nie enttäuschen werde“, sagte Selenski.

Sein Sieg habe die Ukraine und das Volk vereint, betonte er. In seiner Rede wandte sich

Selenski auch an die postsowjetischen Länder: „Schaut auf uns – alles ist möglich!“

Den größten Vorsprung hatte Selenski offenbar im Osten des Landes: Dort stimmten laut den Exit-Poll-Angaben des ukrainischen Senders „112“ 88 Prozent der Wähler für den Komiker und 12 Prozent für Poroschenko.

Darauf folgt der Süden der Ukraine: Dort sollen 86 Prozent der Wähler Selenski ihre Stimme gegeben haben.

Im Westen der Ukraine sieht die Situation etwas anders aus: Selenski kam dort offenbar „nur“ auf 56,4 Prozent der Stimmen.

de.sputniknews.com: **Ukrainische Präsidentschaftswahl: Poroschenko räumt Niederlage ein**

Der amtierende ukrainische Präsident Petro Poroschenko hat am Sonntag seine Niederlage bei der Stichwahl eingeräumt. In seinem Wahlstab versprach er, seinen Opponenten Wladimir Selenski demnächst anzurufen und ihm zum Sieg zu gratulieren.

Er werde das Amt des Präsidenten im nächsten Monat niederlegen. „So hat die Mehrheit der Ukrainer entschieden, und ich akzeptiere diese Entscheidung“, sagte Poroschenko.

Zugleich versprach der scheidende Präsident, in der Politik zu bleiben. Er sei bereit, dem neuen Präsidenten in allen Entscheidungen, die den nationalen Interessen der Ukraine dienen und das Land der EU und der Nato näher bringen werden, den Rücken zu stärken.

Nach vorläufigen Exit-Poll-Anlagen stimmten mehr als 70 Prozent der Ukrainer am Sonntag für Komiker Selenski.